



Terroranschlag auf Mallorca 2009: „In Europa geht die Gefahr vor allem von Terroristen mit ethno-nationalen und separatistischen Zielen aus und weniger von Al Qaida.“

Internationale Kooperation fördern

Eine kleine Anti-Terror-Einheit im Wiener Sekretariat der OSZE hat es sich zur Aufgabe gemacht, die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu fördern.

Europa wird zunehmend zum Ziel terroristischer Aktivitäten und zugleich zu einer Brutstätte für Terrorismus“, sagt Raphael Perl, Leiter der Anti-Terror-Einheit der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)*. Der Kampf gegen Terrorismus ist für die OSZE-Teilnehmerstaaten eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. „In Europa geht die Gefahr vor allem von Terroristen mit ethno-nationalen und separatistischen Zielen aus und weniger von Al Qaida“, erläutert Perl. Der Terrorismus-Experte sieht diese Entwicklungen als weltweiten Trend.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die OSZE die Terrorismusbekämpfung zu einer ihrer wesentlichen Aufgaben erklärt. Seitdem existieren eine Fülle an internationalen Übereinkommen, den globalen Terro-

rismus einzudämmen. Im Jahr 2002 richtete die OSZE in ihrem Sekretariat in Wien die *Action against Terrorism Unit (ATU)* ein.

„Die ATU funktioniert auf der Basis von Konsens“, sagt Perl. Jeder der 56 Teilnehmerstaaten muss bei Entscheidungen zustimmen. Daneben gibt es eine Reihe von Partnerstaaten, die kein Vetorecht besitzen. Dazu gehören neben asiatischen Ländern wie Japan, Mongolei, Südkorea und Thailand die „Middle-East“-Staaten Afghanistan, Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien. Zu den Vollmitgliedern zählen alle europäische Staaten inklusive der Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie die USA und Kanada. Das Hauptziel der ATU ist es, die internationale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern zu fördern, denn „Einzelstaaten sind gegen

einen global vernetzten und agierenden Terrorismus zunehmend machtlos“, betont Perl. Der Experte sieht den Vorteil seiner Organisation darin, dass Diplomaten aus verschiedenen Staaten zusammenkommen, „die üblicherweise nicht miteinander an einem Tisch sitzen“. Perl versteht Diplomatie als „ein Vehikel im Anti-Terror-Kampf, in das es sich lohnt zu investieren“.

Die Grundlage für die Tätigkeit der OSZE im Bereich der Terrorismusbekämpfung ist ihr Status als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen. Den rechtlichen Rahmen für die Anti-Terror-Aktivitäten der ATU bilden die zwölf universellen Anti-Terrorismus-Konventionen und -Protokolle der Vereinten Nationen sowie die Resolutionen des Sicherheitsrats – insbesondere



ATU: Ausbildung von Grenzpolizisten im Erkennen gefälschter Dokumente.

die Resolution 1373 aus dem Jahr 2001. Diese verpflichtet alle Staaten dazu, jegliche terroristische Aktionen und auch die bloße Unterstützung zu kriminalisieren und fordert alle Staaten auf „im Rahmen bilateraler und multilateraler Regelungen und Vereinbarungen zusammenzuarbeiten, um Terroranschläge zu verhüten und zu bekämpfen und Maßnahmen gegen die Täter zu ergreifen.“

Aufbauend auf diesen Dokumenten haben die OSZE-Staaten weitere wichtige Anti-Terror-Abkommen beschlossen: Der Bukarester Aktionsplan („Bucharest Plan of Action for Combating Terrorism“) aus dem Jahr 2001 stellt die Grundlage für die Gründung der ATU dar. Der Aktionsplan schreibt den Teilnehmerstaaten vor, alle universellen Terrorismus-Konventionen und Protokolle so schnell wie möglich zu ratifizieren. 2001 wurde das Aktionsprogramm von Bishkek („Bishkek Program of Action for Combating Terrorism“) festgelegt. Es sieht verstärkte Sicherheits- und Anti-Terror-Maßnahmen vor, insbesondere in Zentralasien. Gemeinsam mit der „Porto Charter on Preventing and Combating Terrorism“ aus dem Jahr 2002 bilden diese Abkommen ein umfassendes Anti-Terrorismus-Konzept. Ebenso hat jeder wei-

tere OSZE-Ministerratsbeschluss zu einer Stärkung des Mandats zur Terrorismusbekämpfung geführt. Die Übereinkommen verpflichten die Teilnehmerstaaten, dass Anti-Terror-Maßnahmen im Einklang mit allen völkerrechtlichen Verpflichtungen, vor allem den Menschenrechten, dem internationalen Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht zu erfolgen haben.

Was leistet die ATU? „Wir versuchen zukunftsweisende Themen zu identifizieren und veranstalten dazu Workshops und Seminare. Wir stellen uns die Frage, was Regierungen zu den verschiedenen Themen wissen müssen“, erläutert Perl. Die ATU schult unter anderem Grenzpolizisten, die sich mit dem Erkennen gefälschter Reisedokumente beschäftigen. Hier kommen oftmals österreichische Trainer zum Einsatz. Die Organisation hilft ihren Teilnehmerstaaten auch bei der Analyse, was diese im Anti-Terrorismus-Bereich noch verbessern müssen, und bietet ihnen gleichzeitig technische Unter-



**Raphael Perl,
Leiter der ATU.**

stützung an, insbesondere bei der Implementierung der Interpol-Datenbank für verlorene und gestohlene Reisedokumente. „Dieser Bereich muss stetig verbessert werden, denn Terroristen sind am meisten verwundbar, wenn sie reisen“, betont der Leiter der Anti-Terror-Einheit.

Die ATU betreibt ein Online-Netz (*Counter-Terrorism Network, CTN*), das als Informationsplattform für die verschiedenen Akteure dient. Darüber hinaus veröffentlicht die ATU monatlich einen CTN-Newsletter, der die Entwicklungen im Anti-Terror-Kampf zusammenfasst. „Die OSZE-Staaten sollen Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig über „Best Practices“ bei der Terrorismusbekämpfung informieren. Weiters veranstaltet die ATU für die verschiedenen Akteure Trainings im Anti-Terrorismus-Bereich. Bei den Trainings kommen Journalisten, Vertreter der Stadtregierung und der Spitäler sowie Experten des Innenministeriums zusammen. Im Rahmen dessen wird der Ernstfall eines Terroranschlags simuliert. Aufgabe der ATU ist es, die verschiedenen Akteure bei der Zusammenarbeit zu unterstützen und Wege zur Problemlösung aufzuzeigen. Grundsätzlich wird die ATU erst auf Anfrage eines der Teilnehmerstaaten aktiv. Perl ist der Ansicht, dass die Regierungen mit den Experten der ATU noch stärker zusammenarbeiten müssten.

Terror-Netzwerke nutzen das Internet vor allem für Propagandazwecke, für die Rekrutierung neuer Terroristen sowie für die Radikalisierung ihrer Anhänger, erläutert Perl. Auch die Geldbeschaffung über das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle. Es sei praktisch unmöglich, alle Webseiten mit terroristischem Inhalt zu schließen, dafür gebe es zu viele. „Das Internet ist ein großartiges Kommunikationsvehikel, es kann aber auch zu einer gefährlichen Waffe werden“, sagt der Terrorismus-Experte. „Denn heutzutage ist ein Großteil unserer gesellschaftlichen Kommunikation, sei es zum Beispiel in Wirtschaft oder Politik, vom Internet abhängig.“ Terroristische Organisationen rekrutieren eigens Computerspezialisten und bilden sie weiter aus. Die Sicherheit im Internet ist daher in Zukunft von wachsender Bedeutung.

Daniel Mayr

<http://www.osce.org/atu>